Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 20. Mittwoch den 20. Januar 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Holz-Auction.

Donnerstag, den **21. Januar** c., sollen im **Grasdorfer Forstreviere**, im sogenannten Schanz und am Pflanzgarten

126 **Lang-** und ca. 20 **Abraumhaufen**, sowie
2 Haufen **Dornen**,

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem Mittelwaldschlage und ¾11 Uhr am Pflanzgarten.

Leipzig, am 7. Januar 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Nichtamtlicher Theil.

Von der Balkanhalbinsel.

Die letzte Nachricht aus Belgrad ist geeignet, alle zuweit gehenden Friedenshoffnungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Serbien will und kann nicht abrüsten, weil es vor Ueberraschungen gesichert sein will und weil eine Collectivnote für die gleichzeitige und vollständige Abrüstung aller Betheiligten keine Sicherheit darbiete. Zum Ueberfluß weist der Minister Garaschanin auch noch auf die Thatsache hin, daß die Friedensverhandlungen überhaupt noch nicht begonnen haben. Daß Serbien von der Abrüstung nichts wissen wolle, war schon damals zu erkennen, als seine Regierung die Note der Mächte mit der Erklärung beantwortete, daß es abrüsten werde, sobald der Zweck erreicht wäre, um dessenwillen der Krieg begonnen wurde. Serbien verbirgt offenbar seine wahren Absichten hinter Ausflüchten; es weiß sehr wohl, daß es von Bulgarien keine Ueberraschungen zu befürchten hat, und nicht minder ist man in Belgrad darüber im Klaren, daß die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien nicht mehr rückgängig zu machen ist. Der wahre Grund der Weigerung Serbiens, abzurüsten, besteht in dem längst gefaßten Entschluß, die Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen bis zum Frühjahr zu verzögern; sobald wieder mildere Lüfte wehen, wollen die Serben von Nisch aus hervorbrechen und die Niederlagen des November in ebenso viele Siege verwandeln.

Der Schritt der Mächte auf Anregung von Rußland war lediglich eine Handlung der Verlegenheit, sie fühlten das Bedürfniß, in der Sache irgend etwas zu thun, und doch fehlte dazu die nöthige Handhabe. Die Lage in Serbien und Bulgarien wird noch heute beherrscht durch die Drohung Oesterreichs, den Bulgaren beim weiteren Vordringen in Serbien entgegenzutreten, das ist und bleibt der alleinige Grund, welcher die Waffenruhe vom 28. November und den Waffenstillstand vom 21. December veranlaßt hat. Damit ist aber auch der Einfluß auf die beiden Nebenbuhler erschöpft. Frieden werden sie nicht aus eigenem Antriebe schließen, sondern sie werden sich nur einem Drucke fügen, den zu beseitigen ihre Kraft nicht ausreicht. Daher sind auch alle Hoffnungen vergeblich, daß durch wohlgemeinte und ernste Vorstellungen der Mächte etwas auszurichten wäre, nur Drohungen nach dem Muster derjenigen, welche Oesterreich Ende November an Bulgarien richtete, haben einen Zweck.

Eine Zeit lang schien es, als ob in Serbien sich eine dem König feindliche Strömung Bahn brechen wolle, das waren aber leere Gerüchte, der begeisterte Empfang, welcher Milan in Belgrad bereitet wurde, bewies den UnGrund dieser Gerüchte. Aber die Stimmung der Serben ist dem König nur bedingungsweise geneigt, nur wenn durch eine diplomatische Action oder besser noch durch eine energische Kriegführung der Erfolg erreicht wird, welchen Serbien anstrebt, wird die Krone Milan's befestigt werden. Vorläufig ist die Einigkeit unter den streitenden Parteien hergestellt, das Executivcomité hat erklärt, die Regierung zu unterstützen und der Opposition, welche Purschanatz betrieb, zu entsagen. Das ist wichtig, weil dadurch die Widerstandskraft Serbiens wesentlich erhöht wird. In Nisch werden die Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in großem Maßstabe betrieben, und die Serben machen aus ihren Absichten auch gar kein Hehl. Die Friedensverhandlungen haben noch nicht begonnen und werden auch schwerlich beginnen, wenn nicht eine wirklich fühlbare Machtäußerung dem Possenspiel ein Ende macht.

In Bulgarien herrscht eine Stille, welche zu den Schlusse berechtigt, daß dort in militairischer Beziehung um so eifriger gearbeitet wird, um Alles für den Kriegsfall in Stand zu setzen. Die wichtigsten Stellen, wie die des Chefs des Generalstabes, sind neu besetzt, und die Tapferen, welche den serbischen Ueberfall siegreich zurückgeschlagen haben, erhielten die ihnen gebührenden Ehrenzeichen. Dabei wird fortgesetzt an der Befestigung des Bundes mit Ostrumelien gearbeitet, die bulgarischen Gesetze dort eingeführt und die Verwaltung des Landes in Sofia centralisirt. Aus den Andeutungen, welche seit einigen Wochen darüber in Umlauf sind, ist zu entnehmen, daß zwischen Sofia und Konstantinopel, sowie zwischen dem Fürsten Alexander und dem Kaiser von Rußland Unterhandlungen über die zukünftige Form gepflogen werden, unter welcher die bulgarische Union aufrecht zu erhalten ist. Die Hauptschwierigkeit bildet noch immer der Wunsch des Fürsten, die Verwaltung beider Länder einheitlich zu gestalten, während die Türkei ein naheliegendes Interesse daran hat, daß die Verwaltung Ostrumeliens von der Bulgariens getrennt bleibt.

Nicht außer Acht zu lassen ist auch die Vergrößerungssucht Griechenlands, welches mit Zähigkeit an dem Gedanken der Vereinigung Kretas mit dem griechischen Festlande festhält. „Was Bulgarien recht, das ist den übrigen Balkanstaaten billig", das ist die serbische Auffassung, und zu dieser bekennen sich auch die Griechen. Der Fürst von Montenegro ist es zufrieden, wenn Fürst Alexander Ostrumelien behält, er will nur nicht, daß Sofia der Mittelpunct einer Macht wird, welche sich die Herrschaft über die Balkanstaaten anmaßt. Das würde dem Fürsten Nikita um so weniger in den Kram passen, als er selbst das Zeug zum zukünftigen Beherrscher der Balkanhalbinsel in sich fühlt. Einen wohlthuenden Gegensatz zu diesem Wust von Neid und Großmachtssucht, zu welchem Serbien, Griechenland und Montenegro, ein jedes nach seiner Weise beitragen, bildet Rumänien, welches seit dem 18. September bis heute noch keinen Augenblick aus seinem Gleichgewicht herausgedrängt worden ist. Die einzige Forderung, welche Rumänien bei Gelegenheit des Zusammentritts der Conferenz in Konstantinopel gestellt hat, war die der Ausführung jener Bestimmung des Berliner Friedens, welche die Schleifung der bulgarischen Donaufestungen betrifft. Selbst diese äußerst maßvolle Forderung mußte abgelehnt werden, weil sie mit dem Zweck der Conferenz nicht vereinbar war, der einzig und allein auf die Regelung der bulgarischen Frage beschränkt bleiben sollte.

Es fragt sich jetzt, was Europa Angesichts der unzweifelhaften Unlust Serbiens und Bulgariens, Frieden zu schließen, thun wird. Die Conferenz ist gescheitert, und Rußland hat bereits wiederholt seine Abneigung zu erkennen gegeben, die aussichtslosen Verhandlungen aufs Neue zu beginnen. Die übrigen Mächte verhalten sich vollkommen passiv, das einzige Lebenszeichen der letzten Wochen war der Abrüstungsantrag. Damit ist eine Verlegenheitspause ausgefüllt worden, und nachdem der Antrag sich als unwirksam erwiesen hat, wird etwas Neues erfunden werden müssen, was voraussichtlich gerade so zwecklos ist wie der Abrüstungsantrag. Oesterreich ist durch den üblen Eindruck gewarnt, den die Sendung des Grafen Khevenhüller in ganz Europa mit Ausnahme von Serbien gemacht hat, dergleichen gefährliche Experimente zu wiederholen, und so stehen wir denn vor der ziemlich sicheren Aussicht, daß der Kampf nach dem 1. März von Neuem beginnen wird. Die einzige Macht, welche den Beruf hätte, zwischen die Kämpfenden zu treten, die Türkei, wird das gewiß nicht thun; denn sie müßte sich für den einen von beiden Gegnern entscheiden, und das würde ihr sehr schwer fallen. Sie hätte den tristigsten Grund gehabt, nach dem 18. September Ostrumelien zu besetzen, sie hat es aber unterlassen. Ebensowenig hat sie dem Hilferuf des Fürsten von Bulgarien Folge geleistet, als Serbien in Bulgarien einfiel, also ist auch nicht anzunehmen, daß sie Serbien jetzt mit den Waffen in der Hand zwingen wird, Frieden zu halten. Wenn die europäischen Mächte einig sind in dem Streben, den Frieden auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten, dann müssen sie der Türkei Vollmacht ertheilen, gegen die beiden Nebenbuhler einzuschreiten. Aus eigenem Antriebe thut die Türkei erfahrungsgemäß nichts, und zur Ertheilung eines Mandats an die Türkei verspüren die europäischen Mächte keine Neigung. Unter diesen Umständen ist der Wiederausbruch der Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel nur eine Frage der Zeit.

Leipzig, 20. Januar 1886.

* Die Mittheilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß die spanische Regierung in der factischen Besitzergreifung der Karolinen einen Vorsprung von einigen Tagen vor uns gewonnen habe, wird von dem „Reichsboten" angezweifelt. — „Ist das richtig?" bemerkt das genannte Blatt. „Bisher hieß es immer, das deutsche Schiff sei dem spanischen zuvorgekommen! Dann hätte Deutschland aus Rücksicht auf Spanien aber auch sofort zurücktreten können, und die Anrufung der päpstlichen Vermittelung erscheint dann erst recht unbegreiflich." — Dazu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Der „Reichsbote" geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Karolinen in der Nähe von Potsdam gelegen sind. Das trifft indessen nicht zu. Die genannte Inselgruppe ist von Berlin sehr weit entfernt, und die Frage, ob Deutschland oder Spanien in der Besitzergreifung die Priorität gehabt habe, war daher nicht so schnell und so leicht zu entscheiden, als der „Reichsbote" es annimmt. Zunächst mußten die Berichte der deutschen Officiere abgewartet werden.

Aus letzteren ergab sich, daß unsere Officiere streng nach ihrer Segelordre verfahren waren. Sie hatten die deutsche Flagge auf der Inselgruppe aufgehißt, weil sie dort keine spanische Flagge vorgefunden hatten. Andererseits wurde aber auch festgestellt, daß zu der Zeit, als unsere Schiffe nach der Karolinengruppe gelangt waren, seitens der Spanier bereits seit mehreren Tagen dort verschiedene Acte vorgenommen worden waren, welche als eine bona fide-Besitzergreifung anerkannt werden mußten. Sie hatten Häuser aufgeladen, Beamte aufgeschifft u. s. w. Als eine Spanien befreundete Macht durfte Deutschland seine Anerkennung der Occupation nicht von dem Aufhissen einer Flagge abhängig machen. Um zu einer staatsrechtlichen Entscheidung der Frage wegen der Priorität der Besitzergreifung zu gelangen, bedurfte es eben aller dieser Feststellungen. Auch dann hätte man noch darüber streiten können, ob die Besitzergreifung der Insel Yap die ganze Karolinengruppe deckt. Die Sache schien indeß nicht wichtig genug, um ihretwegen mit Spanien Zwistigkeiten anzufangen.

* Auf neuerdings in Rom und Berlin eingezogene Erkundigungen wird der „Kölnischen Zeitung" übereinstimmend bestätigt, daß die ganze Nachricht von der Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin aus der Luft gegriffen ist.

* Einige Blätter sind entrüstet über den Passus einer Rede, welche Herr Albert Traeger bei Gelegenheit der Stiftungsfeier des fortschrittlichen Vereins Waldeck in Berlin gehalten hat. Derselbe lautet der „Freisinnigen Zeitung" zufolge: „Das Deutschland, wie es sich die Alten gedacht, ein Schutz und Hort der Freiheit und des gleichen Rechtes, sei nicht nur nicht erreicht, sondern der Kampf um dasselbe müsse wieder von Neuem beginnen; statt der schwarz-roth-goldenen oder schwarz-weiß-rothen Fahne werde ein Schild herausgesteckt mit der Inschrift: „Hier wird Schnaps geschenkt", und wenn der alte Barbarossa wirklich aufgestanden sei, dann werde er sich wohl jetzt ruhig wieder schlafen legen. Hoffentlich werde aber aus unseren Gebeinen ein Rächer und Retter erstehen." — „Wir sehen keinen Grund dazu — schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" — es bemerkenswerth zu finden, daß der deutschfreisinnige Partei-„Dichter" sich also geäußert habe; im Parlament reden Herrn Traeger's Freunde in ganz gleichem Geiste."

* Nach der letzten Volkszählung vom 1. December 1885 hatte die Provinzialhauptstadt Posen 68,318 Einwohner. Von diesen waren evangelisch 23,599, römisch-katholisch 37,949, israelitisch 6677, unbekannter Religion 8; 85 gehörten kleineren christlichen Secten oder der griechisch-katholischen Kirche an. Da die Evangelischen und die Juden in Posen sämmtlich deutsch sind, auch einige Tausende Katholiken sich als deutsch betrachten, so wird die Zahl der Deutschsprechenden in Posen die der Polen immer noch um 2—3000 übersteigen. Die Stadtverwaltung ist durchaus deutsch; ebenso sind Magistrat und Stadtverordnetencollegium fast ganz deutsch. Im Jahre 1848 lebten in Posen 20,000 Katholiken, 13,000 Evangelische und 12,000 Juden. Es haben sich also in den letzten 40 Jahren Katholiken und Evangelische beträchtlich vermehrt, die Juden dagegen beträchtlich vermindert.

* * *

* Nichts bezeichnet den Stand der gegenwärtigen slawischen Hochfluth in Oesterreich deutlicher als die wesentlich verschiedene Aufnahme, welche ein und derselbe Gegenstand heute und vor 15 Jahren fand. Als während der kurzen Aera Hohenwart zur Zeit der deutschen Siege in Frankreich die Fundamentalartikel aufgegeben wurden, jene berüchtigten Gesetzesvorschläge, nach welchen das Deutschthum in Oesterreich rücksichtslos dem Slawismus hätte geopfert werden sollen, da fegte die nationale Erhebung unter den Deutschen Oesterreichs, die Entrüstung über das Treiben der Slawenwelt die Fundamentalartikel und ihre Schöpfer mit einem Schlag vom politischen Leben hinweg. Die Siegesgewißheit der Deutschen war so groß, daß man es für gänzlich ausgeschlossen hielt, daß jemals wieder ein ähnlicher Versuch gewagt würde, Oesterreich seines deutschen Charakters zu entkleiden und ihm das bunte slawische Wams aufzudrängen. Die Fundamentalartikel galten für immer begraben. Heute, nach 15 Jahren, wo sie in erneuerter Form ihre Auferstehung feiern, wo der über Nacht berühmt gewordene Herr Facek nicht allein Oesterreich seine deutsche Staatssprache nehmen, sondern statt ihrer die czechische Staatssprache gesetzt wissen will, nimmt man das neue slawische Attentat auf deutscher Seite mit Resignation hin; man verwundert sich nicht mehr über das Ungeheuerliche, denn es erscheint bereits als das Gewohnte. Weder die Feudalaristokraten noch die Regierungskreise selbst erschrecken mehr vor den Consequenzen, die sich aus den Gesetzesvorschlägen des Herrn Facek ergeben mußten, trotzdem durch die neuen Fundamentalartikel dem Staate Oesterreich sein wirkliches Fundament entzogen würde. Wenn alle Behörden in czechischer Sprache zu verhandeln hätten, müßten nicht rasch Polen, Slowenen, Kroaten und Italiener nach Gleichberechtigung mit den Czechen rufen? Wo wäre für so divergirende Elemente ein einigendes Band zu finden? Glaubt die böhmische Landtagsmajorität, welche den Gesetzesanträgen Facek zustimmte, wirklich schon von einem Einheitsstaate Oesterreich abstrahiren zu können? Gedenkt die Regierung immer noch, durch weitere Zugeständnisse die slawischen Nationalen zum Schweigen bringen zu können? Freilich ist die Realisirung der Facek'schen Anträge heute unmöglich; sie werden vorläufig begraben werden, sie werden aber im Wunschregister der czechischen Welt ungeschmälert fortleben, und der Regierung, die sich scheut, ihren Freunden ein starres Veto entgegenzurufen, noch manche böse Stunde bereiten. Herr Facek hat seine Gesetzesanträge auch zu begründen versucht, und auch in seinen Motiven spielt jener typisch wiederkehrende Vorfall wieder die Hauptrolle, daß die Czechoslawen ohne jede Rücksicht auf die historische Nothwendigkeit, auf die Verhältnisse des modernen Staates, lediglich in einer längst entschwundenen Zeitepoche Leben, genau so wie die Polen unverbrüchlich an den Traditionen der Jagellonischen Idee festhalten, unbekümmert darum, daß die Zertrümmerung des Jagellonenreiches in den inneren Verhältnissen Polens selbst begründet war und daß eine durch viele Jahrzehnte neugestaltete Entwickelung sich nicht wieder willkürlich nach dem alten Modell formen läßt. Wenn Herr Facek das Recht des czechischen Staates und der czechischen Staatssprache begründen will, muß er auf vergilbte Urkunden vom Jahre — 1627 zurückgreifen, und selbst diese Urkunden sind nicht, als Verordnungen für Böhmen. Wie will man aber, was anno 1627 für Böhmen galt, seither längst seine Geltung verloren hat, dem ganzen Oesterreich aufoctroyiren?

* Die Landtags-Sessionen in Oesterreich gehen ihrem Ende zu. Am 28. d. M. wird bereits mit den Reichsrathssitzungen begonnen. Im böhmischen Landtag wird es noch zu heftigen Erörterungen kommen; denn am Montag, den 18. d. M. hat die Berathung über den bekannten v. Plener'schen Antrag auf Sonderung des deutschen geschlossenen Sprachgebietes durch Neu-Errichtung von Kreisgerichtssprengeln begonnen, worauf die Berathung über den Antrag Trojan erfolgen wird. Ein besonders heftiger Krieg wird gegen die Bezeichnung „Geschlossenes Deutsches Sprachgebiet" geführt. Es ist geradezu komisch, wie die nationale Leidenschaft alle natürlichen Voraussetzungen auf den Kopf stellt. Wenn in irgend einer Stadt Deutschböhmens einige czechische Fremdlinge, einige wenige Beamtenfamilien sich vorfinden, flugs wird die Stadt und deren Gebiet als „gemischtsprachig" bezeichnet. Es ist das ein aller Orten in slawischen Kreisen gebrauchtes Kunststück. Es klingt wie eine Uebertragung „frei nach dem Czechischen", wenn polnische Blätter in Preußen die Behauptung aufstellen, Berlin sei, wie ja der Name deutlich bezeuge, im slawischen Gebiete gelegen. Heute gilt den Polen Berlin noch am Ende als gemischtsprachige Stadt, denn es leben angeblich 30,000 Polen in Berlin. Im galizischen Landtag werden die ruthenischen Forderungen nach Errichtung von Volks- und Mittelschulen mit ruthenischer Unterrichtssprache (Antrag Romanczuk) mit den gewohnten diplomatischen Höflichkeitsphrasen der Polen endgiltig zu Grabe getragen. Die übrigen Landtage werden, da ihnen lediglich wieder belangreiche Landesangelegenheiten zur Behandlung vorliegen, ihre Thätigkeit geräuschlos beschließen.

* Ueber den deutschen Schulverein in Oesterreich cursirte in vielen deutschen Blättern die Nachricht, daß dessen Mitglieder, im Falle der Verein zur Selbstauflösung gezwungen würde, sich in die Listen des allgemeinen deutschen Schulvereins zu Berlin eintragen lassen würden. Von den officiellen leitenden Kreisen des deutschen Schulvereins in Wien ging dieses Project, dessen Durchführung auf ganz bedeutende Schwierigkeiten stieße, nicht aus.

* Im Arsenal der türkischen Hauptstadt, sowie auf der Werft der Admiralität herrscht seit 14 Tagen die eifrigste Thätigkeit. Es wird fast Tag und Nacht gearbeitet. Die Röhren für die in Deutschland bestellten Torpillen sind bereits eingetroffen, desgleichen die Netze, welche zum Schutze der Panzerschiffe gegen Torpedoangriffe bestimmt sind. Nach dem Muster dieser in England bestellten Stahlnetze wird gegenwärtig in Konstantinopel an die Herstellung anderer Netze geschritten. Ferner werden Torpillen nach dem Systeme der aus Frankreich bezogenen hergestellt. Die Admiralität hat angeordnet, daß zwei Panzerschiffe, die seit einiger Zeit im Goldenen Horn liegen, bereit gehalten werden sollen, auf die erste Ordre in See zu stechen. Die beiden Schiffe werden mit Krupp-Geschützen schweren Kalibers ausgerüstet.

* Der Correspondent der „Kölnischen Zeitung" in Rom, Herr Hugo Zöller, schreibt unter dem 12. d. M. von dort: „Das deutsch-spanische Protokoll über die Karolinen- und Palao-Inseln wird von den hiesigen Zeitungen mit Recht als ein Meisterstück der diplomatischen Kunst angesehen. Man vermag sich in der That kaum vorzustellen, wie, falls Deutschland nicht bis zum Aeußersten bei seinen Ansprüchen beharren wollte, die auf jenen Inseln fast allein vertretenen deutschen Interessen besser und gründlicher hätten gewahrt werden können. In erster Linie sind hinsichtlich Maßregeln getroffen gegen jene mehr aus einer gewissen Alterthümlichkeit der spanischen Verwaltung als aus bösem Willen entspringenden Beschränkungen des Handels, über welche von allen in spanischen Colonien lebenden Deutschen so sehr viel geklagt wird, und dann wird auch voraussichtlich, da doch Spanien einige hundert Inseln nicht thatsächlich besetzt halten kann, der größte Theil der Inselgruppe dauernd als Freihandelsgebiet betrachtet werden dürfen. Aber diese vollkommene Sicherstellung der dabei in Betracht kommenden deutschen Interessen ist doch blos eines der erfreulichen Ergebnisse, zu denen die überaus geschickte Behandlung der Karolinenfrage geführt hat. Die größten Erfolge aber hat, so scheint es, Fürst Bismarck bei dem einsichtigeren Theile der italienischen Bevölkerung erzielt. Seltsam, daß sich mit einem und demselben Schriftstück die Italiener — wenn auch aus andern Beweggründen — ebenso zufrieden zeigen wie der Papst. Würde, so giebt „Popolo Romano" dieser Ansicht Ausdruck, Fürst Bismarck die Vermittelung des Papstes haben vorschlagen können, falls dessen weltliche Herrschaft auch noch heutigen Tages von französischen Bajonnetten gestützt wäre?"

* In einer vom 9. d. datirten Londoner Correspondenz der „Kölnischen Zeitung" vom 11. d. hieß es, Mr. Gladstone hätte den deutschen Reichskanzler einmal einen „fiend" — einen Satan — genannt. Ein Leser der „Kölnischen Zeitung" wandte sich mit einer Frage über die Richtigkeit dieser Angabe an Herrn Gladstone selbst und erhielt folgende im „Daily Telegraph" abgedruckte Antwort: „21, Carlton, House-terrace, 14. Januar. Mein Herr! Ich bin von Mr. Gladstone beauftragt, den Empfang Ihres Briefes vom 12. d. zu bestätigen und zu sagen, daß der Hinweis auf ihn in der „Kölnischen Zeitung" vom 11. Januar, auf welchem Sie seine Aufmerksamkeit lenken, eine große Lüge (falsehood) ist, und daß er wünscht, denselben so charakterisirt zu haben. Ich zeichne Ihr ergebener Diener Herbert Gladstone."

* Die gesteigerte Aufmerksamkeit, welche von englischen Politikern in den letzten Jahren dem Stande der indischen Wehrkraft zugewendet worden ist und welche sich mit Rücksicht auf den Contact der englisch-russischen Machtsphären in Mittelasien vollkommen begreift, macht es auch erklärlich, daß das britische Publicum den denkbar interessirtesten — wenn auch nur geistigen — Zuschauer bei den gegenwärtig auf indischem Boden, unter vorzugsweiser Heranziehung der eingeborenen Truppen, stattfindenden Manövern abgiebt. Zwei gleich starke, aus allen Waffengattungen zusammengesetzte Armeen von je 16,000 Mann, unter den Befehlen der Generale Greaves und Gough stehend, operiren gegen einander. Am 7. d. trafen beide Corps auf den historischen Ebenen von Punjaut aufeinander. Es gelang dem das Nordcorps befehligenden General Greaves, den Feind, der den so wichtigen cavalleristischen Aufklärungsdienst verabsäumte, zu überraschen und zu werfen. Die nächsten Tage verstrichen unter strategischen Märschen und Gegenmärschen. Am Montag begannen die Operationen gegen Delhi; am Donnerstag sollte eine große Cavallerie-Recognoscirung ausgeführt werden, zu welchem Behuf die gesammte Cavallerie beider Corps in zwei Divisionen formirt war. Die Londoner Blätter nahmen im Voraus einen glänzenden Effect dieses Schauspiels an. Uebrigens wird der bisherige Verlauf der Manöver von den Zeitungscorrespondenten höchlich gepriesen. Die Marschleistungen der Truppen legen von außerordentlicher Leichtigkeit und Correctheit Zeugniß ab, wozu besonders auch der in Indien eine principale Rolle spielende Transportdienst, der in musterhafter Weise reorganisirt worden ist, beigetragen habe; Marsch-, Lager-, Feld- und Feuerdisciplin der Truppen erhält die schmeichelhaftesten Lobsprüche, nicht minder das verständnißvolle Mitwirken der Civilbehörden. Mit erschlichem Behagen registrirt die englische Presse das günstige Urtheil, welches die als Gäste den Manövern beiwohnenden fremden Officiere betreffs der militairischen Ausbildung und trefflichen Haltung der Truppe abgegeben haben sollen. Einige von ihnen, welche selbst Truppen schon in Malta und Egypten unter das Auge gekommen waren, hätten sie damals für Elitetruppen gehalten, mithin nicht für typische Vertreter der Sepoy-Armee und wären daher von ihren jetzigen Wahrnehmungen desto nachhaltiger überrascht worden. — Die ungemeine Befriedigung, womit man englischerseits der Welt einen möglichst hohen Begriff von dem Werthe der indischen Heeresorganisation beizubringen sich bemüht, ist ein lehrreiches Symptom und es zeigt, daß mit der Erkenntniß von dem Werthe des indischen Beigen im englischen Volke auch die Erkenntniß von der Nothwendigkeit, denselben mit Aufwendung ungewöhnlicher militairischer Kraftleistungen sicher zu stellen, gleichen Schritt hält.

* Wie der „Times" telegraphisch gemeldet wird, hat die Handelskammer von Halifax an die Regierung von Canada eine Eingabe gerichtet, welche dieselbe auffordert, mit der Vereinigten Staaten-Regierung einen auf Gegenseitigkeit beruhenden Handelsvertrag abzuschließen, der namentlich auch für die Fischerei-Interessen beider Theile begünstigende Bedingungen feststelle.

* Die „Ebronica Franco-Benziletra" giebt eine seltsame Beleuchtung der Art und Weise, wie in Brasilien die Bestimmungen des Gesetzes über die Aufhebung der Sclaverei gehandhabt werden. Das Blatt findet in dem Verzeichniß der Gegenstände, welche am 3. November in Barra-Mansa zum Verkauf ausgestellt waren, neben altem Porzellan und einer magern Kuh das Anerbot von fünf Sclaven im Alter von 62 Jahren, feil zu 500 Milreis = 1000 ℳ. Die Behörden haben diesen Verkauf nicht gehindert, obgleich die Sclaven dem Gesetz vom November 1831 zuwider aus Afrika eingeführt waren und obgleich das neueste Saraiva'sche Gesetz vom 28. September Sclaven im Alter von 60 Jahren und darüber für frei erklärt.